



Landesverband der Rassegeflügelzüchter Weser-Ems e.V.  
 Landesverband Hannoverscher Rassegeflügelzüchter e.V.  
 im Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter e.V.



Auswertung Wahlprüfsteine

<b>CDU in Niedersachsen</b> 24. September 2017	<b>Freie Demokraten Niedersachsen - FDP-</b> 26. September 2017	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen</b> 29. September 2017	<b>SPD-Landesverband Niedersachsen</b> 02. Oktober 2017
---	--	--	--

**1. Setzt sich Ihre Partei für bundes- oder landesweite Aufstellungen über längere Zeiträume ein?**

<p>Die CDU hält zur Bekämpfung der Vogelgrippe vorübergehende landesweite Aufstellungen für sinnvoll. Während des letzten Ausbruchs der Vogelgrippe in Niedersachsen ließ die amtierende rot-grüne Landesregierung die Landkreise und kreisfreien Städte sowie ihre Veterinärämter im Stich. Ein derartiges Vorgehen ist aus Sicht der CDU mit dem Tierschutz und einer abgestimmten Tierseuchenbekämpfung unvereinbar. Wir setzen uns dabei im Interesse landwirtschaftlicher Tierhalter und Hobbyzüchter für eine möglichst kurzfristige Dauer entsprechender Zwangsmaßnahmen ein. Die Notwendigkeit bundesweiter Aufstellung sehen wir jedoch nicht.</p>	<p>Das Tiergesundheitsgesetz ermächtigt die zuständigen Behörden, zur Vorbeugung oder Bekämpfung von Tierseuchen Aufstellungen anzuordnen. Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung und Geltungsdauer der jeweiligen Aufstellungsanordnung ermöglicht das Gesetz den zuständigen Behörden durchaus ein differenziertes und risikobezogenes Vorgehen. Gleiches gilt für die einschlägige Geflügelpest-Verordnung. An diesem bewährten Rechtsrahmen wollen wir Freie Demokraten festhalten.</p>	<p>Das Nds. Landwirtschaftsministerium richtet sich hier in Niedersachsen, genauso wie alle anderen Bundesländer, im Grundsatz nach den Risikoeinschätzungen des Friedrich-Löffler-Instituts (FLI), das als nationales Referenzinstitut anerkannt ist. Dies favorisiert die Wildvogelthese und sieht ein zusätzliches Befallrisiko bei Freilandhaltung - allerdings nur dort, wo Wildvögel, insbesondere Wasservögel, in hoher Dichte auftreten oder aber dort, wo eine überdurchschnittliche Geflügeldichte vorliegt. Entsprechend hat Niedersachsen nie eine landesweite Stallpflicht angeordnet, sondern die Vorgaben des FLI zur Berücksichtigung an die jeweils zuständigen Landkreise gegeben, dasit diese in eigener Zuständigkeit entscheiden. Nunmehr (Anfang April 2017, nach einer relativen Entspannung der Lage, hat Minister Meyer zunächst empfohlen, außerhalb der engeren Gefährdungsbereiche die Aufstellungspflicht aufzuheben. As 03.04. hat er per Erlass verfügt, die Aufstellung in allen Landkreisen mit Ausnahme der Landkreise Cloppenburg, Ammerland und Landkreis Oldenburg aufzuheben. Niedersachsen ist</p>	<p>Das Verhängen der Stallpflicht muss mit Augenmaß angewandt werden und sollte nur das letzte Mittel sein. Es sollte hierbei jedoch die Gefahr einer Ansteckung nicht unterschätzt werden. Da es an wirkungsvollen Impfstoffen gegen Vogelgrippe fehlt, basiert die Vermeidung und Bekämpfung auf verschiedenen Maßnahmen, die eine weitere Ausbreitung des Virus zwischen einzelnen Tierbeständen verhindern sollen. Hierzu gehört die Aufstallpflicht, die Einrichtung von Sperrbezirken um betroffene Anlagen sowie verstärkte amtliche Überwachung der Tierhaltungen.</p>
---	---	---	--



Landesverband der Rassegeflügelzüchter Weser-Ems e.V.  
 Landesverband Hannoverscher Rassegeflügelzüchter e.V.  
 im Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter e.V.



Auswertung Wahlprüfsteine

<b>CDU in Niedersachsen</b> 24. September 2017	<b>Freie Demokraten Niedersachsen - FDP-</b> 26. September 2017	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen</b> 29. September 2017	<b>SPD-Landesverband Niedersachsen</b> 02. Oktober 2017
---	--	--	--

		<p>hinsichtlich der Aufstallungspflicht weit weniger restriktiv vorgegangen als z.B. Schleswig-Holstein oder Mecklenburg-Vorpommern. Dies auch eben deshalb, weil uns sehr wohl bewusst ist, welche Schwierigkeiten gerade für Geflügelzüchter und Freilandhalter z.B. von Gänsen und Enten bestehen. Unserem Empfinden nach ist hier sehr ausgewogen gehandelt worden. Es ist wissenschaftlich nicht nachgewiesen, dass Wildvögel hauptsächliche Quelle der Verbreitung von Vogelgrippeviren sind. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass der Warenaustausch im Geflügelbereich ursächlich ist. Zur Klärung sind weitergehende Untersuchungen erforderlich, die wir vom Bund einfordern.</p>	
--	--	---	--

**2. Ist Ihre Partei bereit, nachdem das Eintragsrisiko der Vogelgrippe in Hobbyhaltungen um ein Vielfaches geringer als in Wirtschaftsgeflügelbestände ist, bei der Bekämpfung der Vogelgrippe eine unterschiedliche Beurteilung und Handhabung zwischen Hobby- und Wirtschaftsgeflügel zu akzeptieren?**

<p>Die CDU hält es wenig sinnvoll, die Hobbyhaltung grundsätzlich anders zu behandeln als Wirtschaftsgeflügelbestände. Biosicherheitsmaßnahmen können nur dann ein hohes Sicherheitsniveau gewährleisten, wenn sie flächendeckend verlässlich umgesetzt werden.</p>	<p>Aus unserer Sicht sollte eine unterschiedliche Handhabung von gewerblichen und nicht-gewerblichen Geflügelhaltungen von Fall zu Fall risikobezogen geprüft werden. Dies ist aus unserer Sicht im bestehenden Rechtsrahmen möglich. Hobbyhalter haben davon abgesehen auch während des Geltungszeitraums einer</p>	<p>Wir Grünen wollen Hobby und kleine Freilandbetriebe von der Stallpflicht ausnehmen. Mit uns wird es keine landesweite Stallpflicht geben.</p>	<p>Eine komplette Herausnahme aus der Aufstallpflicht ist für Hobbyhalter und kleine Betriebe nicht möglich. Für sie sollten jedoch die Regelungen so locker wie möglich gestaltet werden. Hier müssen pragmatische Lösungen gefunden werden, die sich jedoch auch an den vorgegebenen Rechtsrahmen halten müssen.</p>
---	--	--	--



Landesverband der Rassegeflügelzüchter Weser-Ems e.V.  
Landesverband Hannoverscher Rassegeflügelzüchter e.V.  
im Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter e.V.



Auswertung Wahlprüfsteine

<b>CDU in Niedersachsen</b> 24. September 2017	<b>Freie Demokraten Niedersachsen - FDP-</b> 26. September 2017	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen</b> 29. September 2017	<b>SPD-Landesverband Niedersachsen</b> 02. Oktober 2017
---	--	--	--

	<p>allgemeinen Aufstallungspflicht die Möglichkeit, sich beim örtlichen Veterinäramt unbürokratische Ausnahmegenehmigungen einzuholen, insofern dem keine fachlichen Bedenken hinsichtlich einer wirksamen Tierseuchenabwehr entgegenstehen.</p>		<p>Aufgrund der Größe von Niedersachsen wird eine Aufstallpflicht durch die Landkreise verhängt, so können kleinteiligere, regionale Lösungen gefunden und die Vielfalt des Landes berücksichtigt werden.</p>
--	--	--	---

**3. Wie bewertet Ihre Partei das Ziel, langfristig eine nachhaltige und arterhaltende Rassegeflügelzucht im Sinne der Verpflichtung von Deutschland bei der Erhaltung der Biodiversität und Artenvielfalt besonders beim Zier-, Groß- und Wassergeflügel zu gewährleisten, wenn von Herbst bis ins Frühjahr mit einer Stallpflicht und den beschriebenen negativen Konsequenzen für die Tiere gerechnet werden muss?**

<p>Die CDU ist sich bewusst, dass die Einschränkungen im Zuge der Aufstallungspflicht insbesondere für Zier- und Rassegeflügel eine besondere Herausforderung darstellen. Dem Artensterben und dem Verlust an Biodiversität sehen wir nicht tatenlos zu. Wir erhöhen die Artenvielfalt durch eine Stärkung des Vertragsnaturschutzes mit Flächeneigentümern. Gleichzeitig wollen wir erreichen, dass die vom Aussterben bedrohten Geflügelrassen eine Chance erhalten, ihre Bestände zu erholen. Sofern das notwendige Schutzniveau im Rahmen eines Tierseuchenausbruchs auch durch gelockerte Regelungen speziell für diese Geflügelrassen erhalten werden können, sind wir bereit, gemeinsam mit den Vertretern der Rassegeflügelzüchter praktikable Lösungen zu entwickeln. Mittelfristig</p>	<p>Wir Freie Demokraten begrüßen das ehrenamtliche Engagement von Rassegeflügelzüchtern und betrachten auch ihr Anliegen, bei der konkreten Ausgestaltung von Aufstallungsanordnungen mit praktikablen Ausnahmeregelungen berücksichtigt zu werden, als gerechtfertigt. Wie dargestellt, muss die Ausgestaltung entsprechender Anordnungen jedoch aus unserer Sicht von Fall zu Fall risikobezogen erfolgen.</p>	<p>Wie unter 2. aufgeführt, wollen wir Hobby- und kleine Freilandbetriebe von der Stallpflicht ausnehmen.</p>	<p>Bei dem Erhalt alter Rassen hat Deutschland und gerade auch Niedersachsen als Agrarland Nr. 1 – eine hohe Verantwortung. Es ist sehr wichtig, dass sich Privatpersonen am Schutz von Nutztierassen beteiligen. Die Regierung hat für 2017 und 2018 über die sogenannte „Politische Liste“ Gelder in Höhe von 75.000 Euro pro Jahr bereitgestellt, um den Erhalt von bedrohten Nutztierassen zu unterstützen.</p>
--	--	---	---



Landesverband der Rassegeflügelzüchter Weser-Ems e.V.  
 Landesverband Hannoverscher Rassegeflügelzüchter e.V.  
 im Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter e.V.



Auswertung Wahlprüfsteine

CDU in Niedersachsen 24. September 2017	Freie Demokraten Niedersachsen - FDP- 26. September 2017	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen 29. September 2017	SPD-Landesverband Niedersachsen 02. Oktober 2017
--	--	--	---

kann das Ziel nur sein, mit der effektiven Anwendung von Biosicherheitsmaßnahmen den Ausbruch der Vogelgrippe vorzubeugen und damit zumindest großflächige Aufstallungen zu vermeiden oder zeitlich deutlich zu begrenzen.			
--	--	--	--

**4. Welche Empfehlung kann Ihre Partei den Rasse- und Ziergeflügelzüchtern bezüglich der zukünftigen Ausrichtungen der jährlichen züchterisch und gesellschaftlich notwendigen "Körveranstaltungen" geben?**

Die CDU unterstützt eine tiergerechte Ausübung der Rassegeflügelzucht und würdigt den Beitrag der Züchter zum Erhalt der Biodiversität. Dies gilt insbesondere für den Erhalt alter, vom Aussterben bedrohter Arten. Körveranstaltungen gehören zumindest auf Vereinsebene zu einer erfolgreichen züchterischen Tätigkeit	Wir Freie Demokraten betrachten die Organisation von Körveranstaltungen als Aufgabe der organisierten Rasse- und Ziergeflügelzüchter. Wir hoffen, dass keine risikobezogenen Maßnahmen die Durchführung einschlägiger Veranstaltungen blockieren und wünschen viel Erfolg!	s. 2 und 3. Körveranstaltungen Aufstallungsgebote werden. Daher dürfen nicht durch beeinträchtigt werden.	Diese Veranstaltungen sollen natürlich weiterhin stattfinden können. Einige Körveranstaltungen wurden bei dem letzten Ausbruch der Vogelgrippe aufgrund der Empfehlung des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) nicht genehmigt. Dieses Vorgehen sollte auch in Zukunft weiter so gehandhabt werden. Auch wenn die Vogelgrippe hauptsächlich bei Wasservögeln nachgewiesen wurde, gab es im FLI-Gutachten Hinweise, dass nicht bekannt sei, welche weiteren Vogelarten das Virus möglicherweise tragen, ohne zu erkranken oder zu verenden. So lief unter wilden Wasservogelarten eine HPAI H5N8-Epidemie ab, bei der anhand der Totfunde nur die Spitze des Eisberges erkennbar ist. [FLI, Risikoeinschätzung zum Auftreten von HPAIV H5N8 in Deutschland, Stand 02.12.2016]
---	--	---	---



Landesverband der Rassegeflügelzüchter Weser-Ems e.V.  
 Landesverband Hannoverscher Rassegeflügelzüchter e.V.  
 im Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter e.V.



Auswertung Wahlprüfsteine

<b>CDU in Niedersachsen</b> 24. September 2017	<b>Freie Demokraten Niedersachsen - FDP-</b> 26. September 2017	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen</b> 29. September 2017	<b>SPD-Landesverband Niedersachsen</b> 02. Oktober 2017
---	--	--	--

			Wir können gut nachvollziehen, dass für eine solche Veranstaltung ein sehr großer organisatorischer Aufwand im Vorfeld entsteht. Jedoch geht für alle Nutzgeflügelhalter in Niedersachsen von der Ausbreitung der Vogelgrippe eine hohe Gefahr aus, die es nicht zu unterschätzen gilt.
--	--	--	---

**5. Der niedersächsische Landtag hat in diesem Jahr das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen beschlossen. Tierschutzorganisationen, die vom Landwirtschaftsministerium anerkannt werden, haben demnach nun ein Mitsprache- und Klagerecht unter anderem bei Verwaltungsakten. Wie steht Ihre Partei dazu und wird Ihre Partei auch in Zukunft an dem Verbandsklagerecht festhalten?**

Die CDU sieht das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen kritisch, weil dieses in seiner konkreten Ausgestaltung einer Misstrauenskultur gegen die landwirtschaftliche Tierhaltung Vorschub leistet. Insbesondere die Möglichkeit, durch Klagen für das Tierwohl notwendige Aus- und Umbaumaßnahmen in Ställen vorzunehmen, ist aus Sicht der CDU mit einer verantwortungsvollen Tierschutzpolitik nicht vereinbar. Wir setzen stattdessen auf eine konsensuale Stärkung des Tierschutzes. In diesem Sinne wollen wir zum vom früheren CDU-Landwirtschaftsminister Gert Lindemann initiierten Tierschutzplan zurückkehren und gemeinsam mit den Tierhaltern sinnvolle und notwendige Verbesserungen in der Tierhaltung realisieren.	Für die Gestaltung und Durchsetzung des Tierschutzrechts ist laut Artikel 20a des Grundgesetzes der Staat verantwortlich. Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen läuft indessen auf eine Teilprivatisierung des Staatsziels Tierschutz hinaus, beansprucht die Veterinärverwaltung zusätzlich und ist daher abzulehnen. Stattdessen setzen wir auf eine starke, gut ausgestattete und handlungsfähige Veterinärverwaltung in den Ländern. In der nächsten Legislaturperiode des Landtages werden wir uns für eine Überprüfung der Auswirkungen des Tierschutzverbandsklagerechts in Niedersachsen einsetzen und daraus entsprechende Konsequenzen ziehen.	Das auf Grüne Initiative eingeführte Mitwirkungs- und Klagerecht für Tierschutzorganisationen verleiht Tiereschützern eine Stellvertreterposition, mit der sie die Rechte der Tiere besser schützen können. Dies ist ein wichtiger Beitrag zum Tierschutz. Die Verbandsklage muss jedoch weiterentwickelt werden. Wir GRÜNE fordern, dass den Verbänden neben dem Recht der Feststellungsklage auch das Recht der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage eingeräumt wird.	Der allgemeine Tierschutz gilt für Haus- und Nutztiere, exotische Tiere in Zoos wie auch für herrenlose Tiere. Um dieses Anliegen speziell im Agrarministerium stärker zu gewichten, hat eine SPD-Landesregierung einen Tierschutzbeauftragten etabliert und das Klagerecht für Tierschutzverbände eingeführt. Es soll auf seine Wirksamkeit überprüft werden.
--	--	---	--



Landesverband der Rassegeflügelzüchter Weser-Ems e.V.  
 Landesverband Hannoverscher Rassegeflügelzüchter e.V.  
 im Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter e.V.



Auswertung Wahlprüfsteine

<b>CDU in Niedersachsen</b> 24. September 2017	<b>Freie Demokraten Niedersachsen - FDP-</b> 26. September 2017	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen</b> 29. September 2017	<b>SPD-Landesverband Niedersachsen</b> 02. Oktober 2017
---	--	--	--

**6. Für eine Rassegeflügel- und Erhaltungszucht besteht ein entsprechender Platzbedarf für Aufzucht und Unterteilung der Zuchttiere und zum Schutz der Tiere vor Witterung und Raubtieren. In Baugenehmigungsverfahren wird regelmäßig aufgezeigt, dass das geltende Baurecht im Einzelfall keine passenden (Ausnahme-)Regelungen enthalten oder konkretisierende Auslegungshilfen fehlen. Kann Ihre Partei bestätigen, dass es hier unkomplizierter und unbürokratischer Maßnahmen in baurechtlicher Hinsicht bedarf, um beispielsweise auch in Zeiten der kursierenden Geflügelpest genügend Auslaufmöglichkeiten gewähren zu können?**

<p>Die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Branche müssen wieder von mehr Verlässlichkeit und Langfristigkeit geprägt sein. Daher werden wir Investitionssicherheit für unsere Landwirte schaffen. Bei rechtlich notwendigen neuen Vorgaben für Ställe oder Tierhaltungen werden wir Rücksicht auf die Abschreibungszeit von Investitionen nehmen. Wir planen einen Bestandsschutz für ihre Dauer und eine Vereinfachung des Baurechts bei Umbauten im Bestand.</p> <p>Wir werden uns weiterhin für das privilegierte Bauen und Umbauen landwirtschaftlicher Stallanlagen im Außenbereich einsetzen. Jeder moderne Stall erhöht die wirtschaftliche Effizienz des Betriebs und ist zugleich ein Zugewinn an Tierwohl. Wer den Landwirten den Weg verbaut, Ersatz- oder Neuinvestitionen vorzunehmen, verlagert die Tierhaltung ins Ausland. Dort bestehen in der Regel deutlich geringere Standards als in Deutschland. Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns in allen Bereichen für möglichst unkomplizierte und unbürokratische Regelungen für Bürgerinnen und Bürger ein. Für eine Diskussion über konkrete Vorschläge, wo es in baurechtlicher Hinsicht Änderungen bedarf, um beispielsweise genügend Auslaufmöglichkeiten für Geflügelställe zu gewährleisten, stehen wir jederzeit zur Verfügung. Die Vorschläge aus der Praxis werden wir dabei aufnehmen und prüfen.</p>	<p>Ja wir wollen das Baurecht entbürokratisieren. Für kleine Rassegeflügel- und Erhaltungszucht muss es unkomplizierte und unbürokratische Regelungen geben, die etwa sehr Auslauf auch bei Geflügelpest ermöglichen.</p>	<p>Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass bürokratische und rechtliche Hürden für den Bau oder Umbau tiergerechterer Haltungssysteme abgebaut werden. Förderprogramme von Land, Bund und EU für tiergerechtere Haltung sollen den Landwirten, unabhängig von der Größe ihres Betriebs, dabei helfen. Die Menschen vor Ort müssen bei der Ansiedlung, Modernisierung und Neubau von Tierhaltungsanlagen eingebunden werden. Nur durch allgemeine Information und gesellschaftliche Einbindung kann sich Nutztierhaltung positiv weiterentwickeln.</p>
--	---	---	--



Landesverband der Rassegeflügelzüchter Weser-Ems e.V.  
Landesverband Hannoverscher Rassegeflügelzüchter e.V.  
im Bund Deutscher Rassegeflügelzüchter e.V.



Auswertung Wahlprüfsteine

<b>CDU in Niedersachsen</b> 24. September 2017	<b>Freie Demokraten Niedersachsen - FDP -</b> 26. September 2017	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Niedersachsen</b> 29. September 2017	<b>SPD-Landesverband Niedersachsen</b> 02. Oktober 2017
<p>Ställen, die höchsten Tierwohlstandards genügen und die zugleich die Emissionen und die Immissionsbelastung der Umwelt deutlich reduzieren, sollen einfacher genehmigt werden können. Wir werden die einschlägigen Rechtsgrundlagen für die Genehmigungsfähigkeit der dafür notwendigen Investitionen auf Landes-, Bundes- und ggf. EU-Ebene auf mögliche Widersprüche klarstellen.</p>			